



Presseinformation

Nr. 069/2007

Kiel, Donnerstag, 22. Februar 2007

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Hochschulpakt /Hochschulpolitik

Ekkehard Klug: Der Hochschulpakt wird nicht ausreichen

In der Landtagsdebatte zu **TOP 29** (Hochschulpakt) erklärte der hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz ist in den kommenden Jahren mit einer massiv steigenden Nachfrage nach Studienplätzen zu rechnen. Bundesweit wird der „Studentenboom“ nach diesen Schätzungen im Jahre 2013 mit 600.000 zusätzlichen Bewerbern seinen Höhepunkt erreichen. In Schleswig-Holstein wird die Nachfragespitze voraussichtlich im Jahre 2016 erreicht, weil dann die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit zu einem „doppelten Abiturientenjahrgang“ führen wird.

Es ist klar, dass der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Hochschulpakt lediglich dazu ausreicht, einen kleineren Teil des damit entstehenden Finanzierungsbedarfs für zusätzliche Studienplätze zu decken.

Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat errechnet, dass aus dem Hochschulpakt bis 2010 - abzüglich der für die neuen Länder und die Stadtstaaten reservierten Mittel - knapp 438 Mio. € zur Verfügung stehen. Sofern es den Ländern gelingt, entsprechend des prognostizierten zusätzlichen Bedarfs mehr Studierende zuzulassen, ergibt sich über die Bundesmittel hinaus ein weiterer Finanzbedarf in Höhe von 860 Mio. €. Berechnet man die erforderlichen Mittel für jene Studenten, die bis 2010 ihr Studium noch nicht abgeschlossen haben werden, kommt man auf einen Finanzbedarf von 2,2 Milliarden. Und dabei ist der Finanzbedarf, der sich aus den im kommenden Jahrzehnt, 2010-2020 steigenden Bewerberzahlen ergeben wird, noch nicht einmal berücksichtigt. Das CHE beziffert ihn auf 7,3 Mrd. €. Das Fazit einer CHE-Studie lautet daher „Die eigentliche Herausforderung ist noch gar nicht im Blick“.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Es ist also absehbar, dass die jetzt zwischen Bund und Ländern vereinbarte Gemeinschaftsinitiative nur das erste Kapitel einer sich weiter hinziehenden hochschulpolitischen Anstrengung um den Ausbau von Studienplatzkapazitäten sein wird.

Nicht unerwähnt sollte dabei auch ein zweiter Sachverhalt bleiben. Hochschulentwicklung ist nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der Qualität. Die neuen konsekutiven Studiengänge werden ohne eine Verbesserung der Betreuungsrelationen zu einem noch weiter ausgeprägten „akademischen Großküchenbetrieb“ führen. Abgesehen davon, dass dies dem erklärten Ziel einer stärkeren Ermöglichung von „Exzellenz“, d.h. wissenschaftlicher Spitzenleistung, diametral widerspricht, ergibt sich daraus die Gefahr, dass künftige Absolventen eher eine schlechtere als eine bessere akademische Bildung erhalten werden. Die Hochschulen dürfen aber nicht zum Durchlauferhitzer für im Schnellbetrieb produzierte Absolventen werden, die nicht die Qualifikation mitbringen, die der Arbeitsmarkt und die angestrebte Position unseres Landes in der Spitzenforschung tatsächlich benötigen.

Der Wissenschaftsminister dieses Landes hat erklärt, er wolle beim Einsatz der Mittel des Hochschulpaktes schwerpunktmäßig die Natur- und Ingenieurwissenschaften berücksichtigen. Diese Schwerpunktsetzung entspricht sicher dem tatsächlich bestehenden Bedarf in Fächern, deren Absolventenzahlen seit Mitte der 90er Jahre rückläufig waren. Zu bedenken ist dabei allerdings auch, dass Studienplätze gerade in diesen Fächern vergleichsweise viel kosten, d.h. es stellt sich die Frage, ob die Komplementärmittel des Landes ausreichen, um eine solide Finanzierung zu sichern - und zwar erst recht dann, wenn man auch den über das Jahr 2010 hinausreichenden Zeitraum in die Betrachtung einbezieht. Erst dann werden wir ja, wie gesagt, in Schleswig-Holstein die eigentliche Nachfragespitze erreichen.

Sinnvolle Ausbauvorhaben bedürfen einer umfassenden Unterstützung seitens der Landesregierung. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen, das auch zeigt, wo es an solcher Unterstützung noch fehlt. Ich halte die an der Technischen Fakultät der Uni Kiel bestehende Absicht, einen Lehramtsstudiengang für Informatik in Kombinationsmöglichkeit mit einem der drei Fächer Mathematik, Physik und Deutsch einzuführen, für sehr unterstützenswert. Allerdings gibt es offenbar im Bildungsministerium bislang noch nicht die nötige Bereitschaft, Informatik als Lehramtsfach zu berücksichtigen. Bislang ist dies in Staatsexamensstudiengängen nur als Zusatzfach, d.h. als 3. Fach, vorgesehen. Mit dem Wechsel zur Bachelor/Master-Struktur wird es aber „dritte Fächer“ künftig nicht mehr geben. Logischerweise müsste Informatik daher als „reguläres“ Unterrichtsfach im Rahmen der Einstellung von Lehrkräften vorgesehen werden. Gerade mit diesem Anliegen stoßen die Informatiker aber bislang beim Bildungsministerium auf Granit. So besteht die Gefahr, dass mit Unterstützung des Wissenschaftsministers ein neuer Studiengang etabliert wird, bei dem das Bildungsministerium für die Aufnahme der Absolventen keine Verwendung gestattet.“